

Ressort: Technik

Janecek: Gerichtlicher Stopp des Leistungsschutzrechts möglich

Berlin, 08.05.2017, 13:16 Uhr

GDN - Nach Einschätzung des wirtschaftspolitischen Sprechers der Grünen-Bundestagsfraktion, Dieter Janecek, könnte der juristische Streit zwischen Google und deutschen Verlagen über die Veröffentlichung von Presstexten im Internet mit einem Stopp des geltenden Leistungsschutzrechts enden. Das Landgericht Berlin hat für Dienstag ein Urteil angekündigt: "Mich würde es wirklich nicht überraschen, wenn das Berliner Landgericht das bestehende Leistungsschutzrecht kippt", sagte Janecek dem "Handelsblatt".

Denn es sei fraglich, ob es europarechtlich korrekt zustande gekommen sei. Entsprechende Zweifel waren schon im Februar in der mündlichen Verhandlung des Verfahrens laut geworden. Der Richter bemängelte seinerzeit, dass das Gesetz der EU-Kommission nicht vorgelegt worden sei. "Wir sind der Meinung, dass das Gesetz hätte notifiziert werden müssen." Die Grünen-Medienexpertin Tabea Rößner sprach von einem handwerklich schlecht gemachten Gesetz. Die "hauptsächlichen Mängel" des Leistungsschutzrechts lägen in der "falsch angelegten inhaltlichen Konzeption", sagte Rößner dem "Handelsblatt". Das Gesetz verfolge den falschen Ansatz und löse nicht die eigentlichen Probleme, nämlich wie zukünftig Journalismus im Netz finanziert werden könne. Auch Janecek betonte, dass das Gesetz die Finanzierung von Journalismus nicht sichern könne. "Wir brauchen andere Geschäftsmodelle, um die Bezahlung von gutem Journalismus zu sichern – ein fehlerhaft konstruiertes Leistungsschutzrecht hilft uns hier nicht weiter." Der Großen Koalition warf Janecek vor, "völlig orientierungslos" zu agieren. Er nahm dabei Bezug auf eine Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. "Die Antworten der Bundesregierung grenzen an eine Unverschämtheit, zur angekündigten Evaluierung des Leistungsschutzrechts konnte sie schlicht keine Aussage treffen - und dies kurz vor dem Ende der Legislaturperiode", kritisierte der Grünen-Politiker. "Ein neues Gesetz wird demnach nötig sein - die Große Koalition scheint dem aber nicht gewachsen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89081/janecek-gerichtlicher-stopp-des-leistungsschutzrechts-moeglich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619